# „Der Bund hat hier eine erhebliche Bringschuld“

## Der SPD-Arbeitskreis „Umnutzung“ diskutierte mit Vertretern der Universität über die Zukunft des Militärhospitals

„Konversion ist erstlinig Bundesangelegenheit, und deshalb hat der Bund auch hier eine erhebliche Bringschuld zur Lösung der Problematik. Das heißt jedoch nicht, daß sich Land und Kommunen ihrer Verantwortung entziehen dürfen, sondern sie müssen alle ihre Möglichkeiten ausnutzen, die Rahmenbedingungen, die ihrerseits zu leisten sind, einzubringen.“

Das erklärte der Leiter des SPD-Arbeitskreises „Umnutzung militärischer Flächen und Liegenschaften“, Klaus Rümmler, zum Auftakt der Unterredung mit Vertretern der Universität Trier. Deshalb sei es erfreulich, daß die Koalitionsfraktionen ein Landesüberbrückungsprogramm Konversion und zusätzliche Mittel für die Nutzung des freiwerdenden französischen Militärhospitals in Trier durch die Universität, beschlossen hätten.

Prof. Dr. Jörg Hasler, Präsident der Universität Trier, gab einleitend einen Überblick über die Situation der Hochschule. „Wenn sich irgendein Konversionsvorhaben anbietet, in eine bestehende Institution integriert zu werden, dann das Hospital in den Uni-Bereich“, betonte der Präsident, „hier ergibt sich die einmalige Chance, schnellstmöglich einige der dringendsten Probleme der Uni zu lösen.“

Vizepräsident Prof. Rainer Hettich und Uni-Kanzler Ignaz Bender erläuterten das erarbeitete und vorgelegte Konzept über die Nutzung des Hospitals durch die Uni. Nach ausgiebiger und sachlicher Diskussion, an der für die ÖTV Karl-Heinz Wolf und Detlef Schieben, für das Planungsbüro Jensen und Kappenstein Klaus Jensen teilnahmen, waren sich die Teilnehmer einig, alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, die Universität in ihren Bemühungen zur Realisierung ihres Konzeptes zu unterstützen.

Über die folgenden wichtigsten Punkte des vorgelegten Memorandums wurde bei allen Teilnehmern Übereinstimmung erzielt und die Forderung als notwendig bezeichnet: Der Hospitalkomplex lasse sich mit einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand kurzfristig nutzen, bedürfe aber auf längere Sicht einer gründlichen Sanierung. Vorstellbar wäre die Nutzung in drei Stufen: kurzfristige Nutzung, Sanierung, langfristige Nutzung; kurzfristige Nutzung ab 1. Oktober. Der Bettentrakt werde zur Linderung der studentischen Wohnungsnot sofort als Studentenwohnheim mit zirka 300 Plätzen genutzt. In der Behandlungszone werde der Fachbereich Geographie/Geowissenschaften untergebracht.

Für die längerfristige Nutzung müsse der Hospitalkomplex gründlich saniert werden. Hier gebe es auch schon eine erste Kostenschätzung des Staatsbauamtes Trier-Nord, die wesentlich kostengünstiger sei als das Erstellen eines vergleichbaren Neubaus. Der Bettentrakt bleibe bei einer längerfristigen Nutzung studentisches Wohnheim mit einigen Gästewohnungen. Der Flachteil werde das von der Universität mit Priorität geforderte Drittmittelgebäude II. Mit dieser Konzeption der Sanierung und der langfristigen Nutzung würde das Land zirka 17 Millionen DM (Sanierung zirka 24 Millionen, Neubau zirka 41 Millionen DM) einsparen.

Für die Übernahme des Hospitals durch die Uni seien 20 Personalstellen erforderlich. Am zweckmäßigsten wäre es, auf das geeignete Personal, das schon im Hospital gearbeitet habe und über die entsprechenden Erfahrungen und Kenntnisse verfüge, zurückzugreifen.

Die Vorstellung, für diese Stellen, wenn sie nicht im Landeshaushalt 1992/93 oder in einem Konversionsprogramm bereitgestellt werden könnten, eine Finanzierung über ABM zu erreichen, wurde nach eingehender Diskussion als nicht realistisch angesehen. Da es sich hierbei teilweise um Facharbeiter handele, die auf dem Arbeitsmarkt leicht vermittelbar seien, müsse schnellstmöglich eine Lösung gefunden werden, wie dieser Personenkreis für die Weiterbeschäftigung in und an diesem Gebäude, gewonnen werden könne. Denkbar wäre hier die Einrichtung einer, wie von der ÖTV konzipierten und geforderten Gesellschaft für Weiterbeschäftigung und Anschlußnutzung (G.W.A.).

Die Stadt habe die Zusage gegeben, eine „Machbarkeitsstudie“ für eine G.W.A. schnellstmöglich erstellen zu lassen. Hier könne die Praxis erprobt werden. Ob dies allerdings zeitlich noch realisierbar sei, erscheine fraglich.

Aber da Eile dringend geboten sei, müßten alle Überlegungen auf ihre schnellstmögliche Verwirklichung geprüft und in Gesprächen mit allen Beteiligten erörtert werden. Soll nach dem 31. August der Hospitalkomplex nicht gänzlich unversorgt bleiben und dadurch unnötige Schäden an Gebäude und Einrichtungen entstehen, sei unverzügliches Handeln geboten, zumal möglicherweise schon ab 15. Mai der größte Teil des Hospitals nicht mehr genutzt werde.